



/ GASTKOMMENTAR /



CHRISTIAN KEUSCHNIGG
Ökonom und
Professor an
der Universität
St. Gallen.

Sieben Fragen zur Pensionsreform

Höhere Beiträge, geringere Leistungen oder längeres Arbeiten – andere Möglichkeiten gegen den Pensionskollaps gibt es nicht.

MIT STEIGENDER LEBENSERWARTUNG muss das aktive Einkommen länger reichen. Daher gibt es nur drei gangbare Wege: Wir sparen mehr und zahlen höhere Beiträge, wir kürzen die Pensionsleistungen, oder wir arbeiten länger. Das wirft Fragen auf.

Erstens: Steigt die Lebensarbeitszeit rasch genug an? 1991 lagen die Lebenserwartung bei 76 und das Pensionsantrittsalter bei 61 Jahren. Die Erwerbstätigen haben etwa drei Viertel des Erwachsenenlebens ab 20 in Arbeit und ein Viertel im Ruhestand verbracht. Das Verhältnis der Beitragszahler zu Pensionisten bleibt konstant, wenn jedes

zusätzliche Lebensjahr in diesem Verhältnis aufgeteilt wird. Bis 2011 ist die Lebensdauer um fünf Jahre auf 81 gestiegen. Davon hätten drei Viertel in längerem Arbeiten und ein Viertel in den Ruhestand „investiert“ werden sollen. Das Pensionsalter hätte also von 61 auf 64 Jahre und neun Monate steigen müssen. Tatsächlich ist es auf 59 Jahre gesunken!

Bis 2060 wird die Lebenserwartung weiter auf 88 Jahre steigen. Teilt man die zusätzlichen sieben Jahre ebenso auf, dann müssten

die Erwerbstätigen um fünf Jahre und drei Monate länger arbeiten, der Rest geht in die Ruhestandsphase. Das Pensionsalter würde bis 2060 von knapp 65 auf 70 Jahre steigen! Wäre es heute schon bei 65, dann kämen 1,3 Monate pro Jahr dazu. Startet man bei nur 59 Jahren, müsste es um 2,7 Monate jährlich steigen, um den Rückstand seit 1991 aufzuholen.

Zweitens: Ist die Arbeitslosigkeit ein Grund, den Anstieg des Pensionsalters zu verlangsamen? Tatsächlich ist die Arbeitslosenrate der über 55-Jährigen gering. Die meisten könnten leicht einige Monate länger arbeiten. Wenn aber jemand arbeitslos wird, dann ist es sehr schwierig, einen neuen Job zu finden. Politik und Wirtschaft sollten hier ansetzen, so gut es geht. Zum Anstieg des Ruhestandsalters gibt es keine Alternative, außer, in großem Stil Leistungen zu kürzen oder Beiträge zu erhöhen.

Drittens: Hilft das frühere Pensionsalter den Frauen? Im Gegenteil, diese Regelung ist für ihre

beruflichen Perspektiven schädlich. Die Anstrengungen im Beruf zahlen sich weniger aus, wenn die Vorteile wegen frühem Ruhestand weniger lang genützt werden. Die schrittweise Angleichung des Pensionsalters sollte vorgezogen und mit Initiativen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu einem Paket verbunden werden.

Viertens: Hebelt eine Pensionsautomatik die Kontrolle der Politik aus? Die Anhebung des Pensionsalters sollte im Gleichschritt mit der Zunahme der Lebensdauer erfolgen und darf nicht von den Zufälligkeiten politischer Kompromisse abhängen. Auch bei einer Pensionsautomatik kann die Politik bei Bedarf Korrekturen beschließen.

Fünftens: Ist das Pensionssystem für Umverteilung geeignet? Die Beiträge sind der Preis für eine Leistung. Die Bürger wollen wissen, wann das Geschäft aufhört und die Umverteilung beginnt. Die Politik muss wissen, in welche Richtung sie umverteilt. Undurchsichtige Quersubventionierung verschleiert die Sicht. Daher sollten die Pensionen ohne Zuschuss strikt nach dem Versicherungsprinzip berechnet werden, Umverteilung nur im Bundeshaushalt nach gleichen Kriterien für Jung und Alt erfolgen.

Sechstens: Geht das Pensionssystem zulasten künftiger Generationen? Angesichts steigender Ausgaben ist das zu vermuten. Die Antwort erfordert Berechnungen zur Nettozahler-Position aller Generationen, also mehr als einfache Budgetprognosen. Eine solche „Generationenbilanz“ liegt der Politik nicht vor. Daher weiß niemand genau, wie groß das Problem ist. Aber es existiert.

Siebtens: Führt die Stabilisierung des Pensionssystems zu neuen Lasten anderswo? Die Korrekturen dürfen die staatlichen Zukunftsinvestitionen nicht verdrängen. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten unserer Kinder hängen nicht nur von Staatschulden und Pensionslasten ab, sondern von der Fähigkeit, Einkommen zu erwirtschaften.

Die Einführung des Pensionskontos und die Vereinheitlichung des Pensionsrechts sind große Politikerfolge. Nun sollte der Übergang zu einem selbstfinanzierten und sich selbst steuernden System von Beitragskonten erfolgen. Umverteilung im Pensionssystem sollte nicht abgeschafft werden, sondern transparent im Bundeshaushalt stattfinden. ■

■ Auch bei einer Pensionsautomatik kann die Politik bei Bedarf Korrekturen beschließen. ■